

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.20 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Baustellen-Anzeigen die halbpaltene Kolonial-Beile 60 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Drey, Druck von C. K. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: J. Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittags 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Albstadtstraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Gegen die Sonderbündelei.

Unter obiger Überschrift erläßt die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im „Korrespondenzblatt“ einen Warnungsausruf, der sich gegen Versuche wendet, die innerhalb der sozialdemokratischen Partei bestehenden Differenzen in die gewerkschaftlichen Organisationen zu tragen. Wir geben die Warnung nachstehend wieder, unter Fortlassung einiger Wendungen, die u. E. nicht geeignet sind, zur Milderung der Differenzen beizutragen.

Ein „Mit Parteigruß“ schließendes, mit 172 Namen unterzeichnetes Schriftstück „An den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands! An den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion!“ ist in den letzten Tagen an die Gewerkschaftsblätter, die Gewerkschaftsblätter und an Funktionäre der Gewerkschaften versandt worden. In dem Begleitschreiben an die Gewerkschaftsblätter, so auch an das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission, wird um Abdruck, in dem an die Gewerkschaftsfunktionäre um Mitunterzeichnung der Kundgebung gebeten. Wir können, da wohl kaum die Redaktion eines Gewerkschaftsblattes, die sich ihrer Verpflichtungen bewußt ist, das Schriftstück veröffentlichen, wird, diesen Versuch, die Gewerkschaften in den Parteistreit hineinzuziehen, als erledigt gelten lassen. Die ganze Art der Aufmachung dieser Kundgebung nötigt uns jedoch zu einer Stellungnahme.

Dieser Kundgebung, welche das Schriftstück verantwortlich zeichnen, neben Namen und Wohnort alle möglichen Titel. Die Titelbeigabe soll den Anschein erwecken, als wäre eine gewaltige, gegen den Vorstand der sozialdemokratischen Partei und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gerichtete Bewegung in der Arbeiterbewegung Deutschlands vorhanden. Das ist, soweit die Gewerkschaften in Frage kommen, eine bewußte Fälschung. Die Parteigenossen (es sind deren 20 unter 172), die ihrem Namen unter dem Kundschreiben den Titel eines Gewerkschaftsfunktionärs hinzugefügt haben, sind nicht berechtigt, im Namen der Gewerkschaften oder des Verbandes, dem sie angehören, ja nicht einmal im Namen des Organisationszweiges, dessen Leitung ihnen anvertraut ist, zu sprechen. Es ist ein Mißbrauch des Vertrauenspostens, wenn sie den Anschein erwecken wollen, als stände die Organisation, als deren Vertreter sie sich in dem Kundschreiben bezeichnen, in der Sache hinter ihnen. Traurig wäre es um die Arbeiterbewegung Deutschlands bestellt, wenn das jemals der Fall sein könnte.

Es handelt sich bei diesem Kundschreiben nicht mehr um eine spontane Kundgebung, sondern um einen organisierten Sprengungsversuch der Einheit der deutschen Arbeiterorganisationen. Die Desorganisation soll herbeigeführt werden, weil die große Mehrheit der organisierten Arbeiterbewegung sich dem Willen einer kleinen Minderheit nicht unterwerfen will.

Es wäre verhängnisvoll für die Zukunft der Arbeiterbewegung Deutschlands, wenn wir dies heute nicht offen aussprechen würden.

An dem Tage, an welchem nach Schätzung der Herausgeber des Kundschreibens dieses in der Partei- und Gewerkschaftspresse veröffentlicht werden sollte, erschien in dem Leipziger Parteiblatt eine im gleichen Sinne gehaltene Kundgebung, in der die Masse der Parteigenossen aufgerufen wird, sich gegen die stets mit großer Mehrheit gefassten Beschlüsse der von ihnen eingesetzten Körperschaften zu wenden. Gezeichnet ist diese Kundgebung von dem Vorsitzenden des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sowie dem Redakteur des wissenschaftlichen Organs der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Durch diese Handlung von Genossen, denen die höchsten Ehrenämter in der Organisation in dem Vertrauen übertragen wurden, daß sie stets den Beschlüssen der Mehrheit Geltung verschaffen und dadurch die Einheit der Partei sichern würden, ist alles über den Haufen geworfen, was bisher in der Arbeiterbewegung Deutschlands als unantastbar galt.

Für die Gewerkschaften Deutschlands, die in der sozialdemokratischen Partei ihre politische Vertretung sehen, wäre es ein großer Nachteil, wenn dieser organisierte Sprengungsversuch Erfolg haben sollte. Ob er sich dauernd bemerkbar machen würde und die Fortentwicklung der gewerkschaftlichen Organisation, darunter Leiden wänt, wollen wir heute nicht untersuchen.

Jedenfalls müssen wir uns aber mit aller Entschiedenheit gegen diejenigen wenden, denen das Gefühl der Verpflichtung gegenüber der Organisation fehlt und die es für geraten halten, den Parteistreit in die Gewerkschaftsorganisationen zu tragen. Wenn man schon die Wirkung des politischen Kampfes durch Desorganisation der Partei herabmindern will, so möge man wenigstens die Gewerkschaften mit diesem Treiben verschonen. Die Gewerkschaften werden nach Beendigung des Krieges die äußerste Kraft zur Linderung der eintretenden Not einsetzen müssen und der geschlossenen Organisation bedürfen, um die schweren wirtschaftlichen Kämpfe in dieser kritischen Zeit zu führen.

Wir erwarten von den Gewerkschaftsvertretern, welche die Erfüllung ihrer Aufgaben ernst nehmen, daß sie alles daransetzen werden, die Geschlossenheit in der Gewerkschaftsbewegung nach wie vor zu erhalten.

Berlin, den 23. Juni 1915.

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Gewerkschaftliche Arbeit im Frieden.

Wir Deutsche haben das starke Bedürfnis, alles zu klassifizieren, in Gruppen einzuordnen und einzuschachteln, und am liebsten jeden mit einer Etikette zu versehen. Und alle, die die gleichen Etiketten tragen, sind dann brave, gute, tüchtige, ihre Zeit verstehende Menschen, und wer die Etikette nicht trägt, der ist gezeichnet, weil er das Gegenteil von all diesen guten Eigenschaften in sich vereinigt. Wie im Kriege derartige Urteile über unser Volk verallgemeinert werden und wie wir auch mit Verallgemeinerungen über die andern Völker bereit sind, so sehen wir auch im Innern des Landes, und selbst in der Arbeiterbewegung, die Sucht zu gruppieren. Die verschiedensten Menschen mit sehr voneinander abweichenden Anschauungen werden da alle mit einer Etikette versehen, wenn sie in einem bestimmten Gesichtspunkt von den Anschauungen anderer abweichen, die besonders eifrig sind im Verteilen von Etiketten.

Die neueste Etikette, die verteilt worden ist, die der Bestimmten, sie soll eine abschreckende und schlechte Gesellschaft kennzeichnen, die den Arbeitern die Kampfesfreude raubt und die Möglichkeit ihrer Erfolge in Frage stellt. Es wird mir versichert, daß ich mir den Anspruch auf diese Etikette durch leichtfertiges Schreiben verdient habe. Ich muß auch diesen Orden ablehnen, denn ich bin sicherlich ein Optimist, weil ich von dem endlichen Sieg der Arbeiterbewegung bin, von der Erreichung ihrer sozialistischen Ziele so völlig überzeugt bin wie in der schönen Jugendzeit, als ich, fast noch ein Knabe, in heller Begeisterung zur Sozialdemokratie stieß. War es damals Enthusiasmus, der in mir das Gefühl der Siegesicherheit auf optimistischer Grundlage weckte, so ist es heute ein in Jahrzehnten geduldetes wirtschaftliches Denken, das mir, unbeirrt durch vom Tage erzeugte Stimmungen und Bestimmungen, die sichere Ueberzeugung geschaffen hat, daß die Ueberwindung des Privateigentums und die Verwirklichung der Programmforderungen der Sozialdemokratie ein notwendiges Ergebnis der gewaltigen Entwicklung sind, in deren Mitte wir stehen.

Ich lehne also die Bezeichnung eines Schwarzsehers und eines Misemachers mit aller Entschiedenheit ab, und doch unterschreibe ich mich vielleicht von manchen, die mir gern diese Etikette an den Hals hängen möchten. Ich möchte nur eine Unterscheidung herausarbeiten: Auch während dieses Weltkrieges habe ich mich nicht verleiten lassen zu vornehmlich politischen oder politischen Denkmethoden; ich habe auch während dieses aufregenden und in seinen politischen Ergebnissen noch unüberbrücklichen Weltgeschehens niemals aufgehört, wirtschaftlich zu denken. Gerade die jahrzehntelange Beschäftigung mit den Problemen der Gewerkschaftsbewegung und mit den Widerständen, gegen die diese Gewerkschaftsbewegung anzukämpfen hat, hat mich gefestigt im wirtschaftlichen Denken und mich gelehrt, die Entwicklungsmöglichkeiten und die Aussichten der Arbeiterbewegung im allgemeinen, der Gewerkschaftsbewegung im besonderen, wirtschaftlich zu prüfen. Diese wirtschaftliche Denkweise hat mich immer gequält und geirrt, sie hat mich von Phantastereien und von übertriebenen Erwartungen ferngehalten.

Kein Denkerdarf kann während dieses Weltkrieges der Versuchung entgehen, sich ein Bild machen zu wollen von dem, was eintreten wird, wenn die Sonne des Friedens über das vom Kriege so schwer heimgesuchte Europa aufgeht. Eine Fülle von Problemen der verschiedensten Art, von den Fragen der Religion bis zum Gesundheitswesen, von den Fragen der Staatsentwicklung bis zu den Lohn- und Preisfragen, Probleme der Wissenschaft und der Methoden drängen sich da auf. Den Lesern des Blattes wie mir liegen die gewerkschaftlichen Probleme besonders nahe. Die Aufgaben und die Wirkungsmöglichkeiten, die Hoffnungen und die Schwierigkeiten der Gewerkschaften nach dem Kriege möchten wir gern vorausschauend erkennen. Die Tausende, die in ihren Erwerbsverhältnissen durch den Krieg gelitten haben, aber ebenso die Tausende, die durch die Kriegsindustrien außerordentliche Löhne, wenn auch oft nur für Wochen, erreicht haben und sich überlegen, wie sich ihr Verdienst nach dem Kriege gestalten wird, und dann die vielen Tausende, die heute noch im Felde stehen und die im Frieden dann auf ihre Gewerkschaften bauen, daß sie ihnen Besseres schaffen werden, als sie vor dem Kriege gehabt haben, alle diese Hunderttausende möchten den Schleier von der Zukunft der Gewerkschaften weggezogen haben.

Die Möglichkeiten der Gewerkschaften sind nicht allein an ihren eigenen Lebensbedingungen zu messen, die Gewerkschaften müssen nicht bloß mit sich rechnen, sondern auch mit allen Widerständen, die ihnen entgegengestellt werden. Die Gewerkschaften können nur in ihrer Wirksamkeit abgeschätzt werden im Rahmen der ganzen lebendigen Volkswirtschaft. Daß man nicht freieren darf bei zu starkem Arbeiterangebot, daß man mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und den Aussichten auf Prosperität bei der Aufstellung von Forderungen rechnen muß, das sind für jeden gewerkschaftlich wirkenden Arbeiter Binsenwahrheiten. Deswegen müssen wir genau die wirtschaftlichen Möglichkeiten nach dem Kriege zu erfassen suchen, wenn wir die Voraussetzungen schaffen wollen für unser Urteil über die gewerkschaftlichen Aussichten in einer hoffentlich langen Friedenszeit, die uns nach dem Kriege beschieden sein soll. So wichtig es ist, ja so notwendig es ist, auf die eigene Kraft der Arbeiterklasse die Hoffnungen für ihren Befreiungskampf wie auch

für das Ergebnis ihrer Gegenwartsämpfe zu begründen, so falsch wäre es, die Widerstände zu unterschätzen, die die noch außerordentlich gefunde und sehr abwehrfähige kapitalistische Ordnung der Durchsetzung der Arbeiterforderungen entgegenstellt und noch geraume Zeit entgegenstellen wird. Legt man bei seinen optimistischen Erwartungen für die Errungenschaften der Arbeiterschaft auch das ganze Gewicht auf die eigene Kraft der Arbeiterschaft, so braucht man durchaus die Möglichkeit nicht auszuschalten, daß unter gewissen zeitweisen Voraussetzungen auch Schichten der besitzenden Klasse Arbeiterforderungen unterstützen können oder sogar müssen. Aber man wird gut tun, ausnahmsweisen Fälle für den gewerkschaftlichen Kampf im eigentlichen Sinne völlig auszuschalten oder den wenigen Ausnahmefällen als Regel keine entscheidende Bedeutung beizumessen.

Der Lohnkampf zwischen Arbeitern und Kapitalisten wird am besten unter der Abwägung der organisatorischen Kräfte und der wirtschaftlichen Möglichkeiten auf den gegebenen wirtschaftlichen Grundlagen und mit Rücksicht auf die nächsten wirtschaftlichen Entwicklungsrichtungen zu beurteilen sein. Deshalb erscheint es so außerordentlich wichtig — natürlich mit allem Vorbehalt, die jede Betrachtung für die Zukunft erfordert —, die Voraussetzungen allgemein wirtschaftlicher Art zu prüfen, die den Boden klarstellen, auf dem sich die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital nach dem Kriege in Deutschland abspielen werden. Es spricht sehr viel dafür, daß die Verhältnisse in fast allen Industriestaaten nach dem Kriege ziemlich gleichartig sein werden, aber ich will mich selbstverständlich nur auf Deutschland beschränken, weil die Verhältnisse der andern Länder uns heute noch weniger klar in ihrem Tatsachenzustande wie in ihren Entwicklungsmöglichkeiten erscheinen als die Verhältnisse in Deutschland.

Nun könnte man vielleicht die Frage aufwerfen: Ist es nicht schon Schwarzseherei, von Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit nach dem Kriege als einer feststehenden Tatsache zu sprechen? Ich glaube, daß man hier keine Veranlassung zur Verteidigung hat. Auch die, die mich zum Schwarzseher stempeln, glauben nicht, daß es nach dem Kriege ohne Auseinandersetzungen zwischen den Organisationen der Unternehmer und Arbeiter abgehen werde. Dagegen spricht schon das, was man in der Zeit des Burgfriedens über die Stimmungen, über die Neuerungen wie über die Vorbereitungen der Unternehmerorganisationen wie auch der großen Führer des Unternehmertums erfahren hat. Aber selbst wenn wir hier von gar nichts wüßten, wenn Herr Ribbentrop keine Rede gehalten hätte, wenn der bayerische Metallindustriellenverband kein Zirkular versandt hätte, das durch die sozialdemokratische Presse bekannt wurde, wenn die von der Regierung angebahnten Verhandlungen ein größeres Entgegenkommen der Unternehmer gezeigt hätten, wenn die „Deutsche Arbeitergeber-Zeitung“ einen verständlicheren Ton angeschlagen hätte, so würden wir doch mit großer Wahrscheinlichkeit, ja mit voller Gewißheit auf starke Auseinandersetzungen zwischen Unternehmer und Arbeiterorganisationen nach dem Kriege zu rechnen haben.

Während des Krieges haben unter Entgegenkommen von Unternehmer- und Arbeiterorganisationen, zum Teil unter Mitwirkung der Reichsregierung, die Tarife fortgedauert, die zur Zeit des Kriegsausbruchs geändert werden sollten und die während des Krieges abgelassen sind. Im Jahre 1916, das hoffentlich doch ein Jahr des vollen oder doch wenigstens zum größten Teil ein Jahr des wiedergekehrten Friedens sein wird, laufen alle bausewerblichen Tarife ab, daneben noch viele andere Tarife, die das Jahr 1916 als Endpunkt enthielten; es laufen auch alle Tarife ab, die infolge des Krieges in der zweiten Hälfte des Jahres 1914 oder im Jahre 1915 erneuert werden sollten, das heißt, es laufen die Tarife von 2 1/2 Jahren im Jahre 1916 ab, darunter die wichtigste Tarifgruppe, die der bausewerblichen Tarife. Ich schätze wahrscheinlich nicht zu hoch, sondern zu niedrig ein, wenn ich annehme, daß für 85 Prozent der durch kollektive Arbeitsverträge gebundenen Arbeiter die Tarife im Verlauf des ersten Friedensjahres ablaufen werden. Es wird sich um eine Generaltariferneuerung für Deutschland handeln. Es wird sich aber nicht nur darum drehen, es werden sich auch große Gruppen von Arbeitern, die in den Kriegsindustrien während des Krieges — zum Teil wenigstens — unter außergewöhnlichen Arbeitsbedingungen tätig waren, die Teuerungszulagen und andre Vorteile errungen hatten, bei der Umschaltung der Industrie auf ihren normalen Aufgabenkreis vor die Frage gestellt werden, ob die Unternehmer bei gleichbleibenden oder sich nicht viel ändernden Teuerungsverhältnissen diese Lohnbedingungen in Friedenszeiten weiter gewähren werden, die sie zur Zeit der für sie günstigen Kriegskonjunktur gewährt haben. Für viele Gewerkschaften wird es eine große Aufgabe sein, die aus dem Felde zurückkehrenden Kollegen, die durch Frauen, Mädchen, Jugendliche, alte, invalide, also billigere Arbeitskräfte ersetzt worden waren, in ihr altes Arbeitsverhältnis zurückzuführen. So wird sich für ganz außerordentlich große Massen der Arbeiter, zu denen auch die aus dem Felde zurückgekehrten Berufsgenossen gehören werden, das Problem der Neuordnung der Arbeitsverträge, der Kollektiven wie der individuellen, ergeben.

Es gibt keinen Optimisten in Deutschland, der meint, daß diese Fragen in allgemein burgfriedlicher Geminnung, harmonisch zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen erledigt werden dürften.

Man wird mit Möglichkeiten der Kämpfe, selbst sehr großer Kämpfe, zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen zu rechnen haben. Vermutlich werden die Regierungen alles daran setzen, diese Kämpfe so milde wie möglich zu gestalten, aber die Arbeiterorganisationen und jeder, der in ihnen Verantwortlichkeiten trägt, werden schon heute alles daran zu setzen haben, daß die Arbeiterorganisationen sowie jeder einzelne Arbeiter und auch jede einzelne Arbeiterin für diese Kämpfe gerüstet werden, daß sie lernen, mit dem größten Ernst diesen Kämpfen entgegenzutreten. Sie dürfen nicht allein auf friedliche Verhandlungen hoffen, sie müssen sich und ihre Organisation auf alle Schwierigkeiten, die kommen könnten, vorbereiten und kräftigen.

In einem zweiten Artikel soll vor allem gezeigt werden, welche Tendenzen bei diesen Auseinandersetzungen die Arbeiterorganisationen und welche Absichten die Unternehmerorganisationen leiten dürfen und auf welchem Wirtschaftszustand diese Auseinandersetzungen vor sich gehen dürften. Adolf Braun.

Die Gewerkschaften im neunten Kriegsmonat.

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission veröffentlicht das Ergebnis der vierten Erhebung über die Zahl der zum Kriegsdienst eingezogenen Gewerkschaftsmitglieder sowie über den Umfang der Arbeitslosigkeit. Einleitend bemerkt das Korrespondenzblatt, daß sich die Annahme, die gewerkschaftlichen Organisationen würden den Anforderungen, welche die Kriegszeit an sie stellte, nur kurze Zeit gewachsen sein, als irrig erwiesen habe und fährt dann fort: Erfreulicherweise haben sie bisher standgehalten und werden es voraussichtlich auch bis zur Beendigung des Krieges vermögen. Dessen Ende ist leider, nachdem der bisherige Dreibundsgenosse Italien sich auf die Seite der Gegner Deutschlands gestellt hat, noch nicht abzusehen. Mit jedem weiteren Kriegsmonat müssen sich die Verhältnisse naturgemäß für die Gewerkschaften ungünstiger gestalten. Nicht deswegen, weil diese ihre Pflichten den Mitgliedern gegenüber während der Kriegsdauer nicht würden erfüllen können, sondern weil sie nicht genügend für die Zeit nach Beendigung des Krieges rüsten können. Die Zahl der zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder wächst andauernd. Sie betrug:

Anfang September	589 755	= 27,7 Prozent der Mitglieder
31. Oktober	661 005	= 31,3 Prozent der Mitglieder
30. Januar 1915	780 594	= 34,1 Prozent der Mitglieder
30. April 1915	958 247	= 41,7 Prozent der Mitglieder

Der Prozentsatz der im Heeresdienst stehenden Gewerkschaftsmitglieder ist in den einzelnen Verbänden sehr verschieden. Er steigt von 21,6 bei den Tabakarbeitern auf 84,2 bei den Fleischern. Schon bei der ersten Veröffentlichung der Kriegskontingente der Gewerkschaften im Oktober 1914 wurde darauf hingewiesen, daß es verfehlt wäre, aus dem Prozentsatz der zum Heeresdienst einberufenen Mitglieder Schlüsse auf die Kriegstauglichkeit der einzelnen Berufe zu ziehen. Wenn auch nach den neun Monaten Kriegsdauer sich gezeigt hat, daß im Prozentverhältnis in den einzelnen Verbänden eine fast gleichmäßige Steigerung vorhanden ist, so kommen doch für die einzelnen Berufe viele Nebendinge in Betracht. So bei den für Kriegszwecke arbeitenden Industriellen die Frage der Unentbehrlichkeit bestimmter Arbeiter zur Aufrechterhaltung oder für die Leistungsfähigkeit der Betriebe. An sich hat diese Frage, auch von gewerkschaftlichen Gesichtspunkten ausgehend, keine Bedeutung. Für die Gewerkschaften kommt allein in Betracht, daß nahezu die Hälfte der männlichen Mitglieder ihnen entzogen ist. Das ist für die Leistungsfähigkeit der Organisationen nicht nur während der Kriegszeit, sondern vor allen Dingen nach Kriegsende von entscheidender Bedeutung. In der Verringerung der Beitragseinnahmen infolge Ausbleibens großer Mitgliederzahlen kommt hinzu, daß viele von den in den Verbänden verbleibenden Mitgliedern geringere Beiträge zahlen als die Ausgeschiedenen. In den meisten Verbänden zahlen die weiblichen Mitglieder weniger Beitrag als die männlichen. Von den 1 277 244 Mitgliedern, für die am 30. April 1915 Bericht gegeben wurde, waren 151 727 weibliche. Während vor Kriegsbeginn die weiblichen Mitglieder 8,8 Prozent des Gesamtmitgliedsbestandes bildeten, stellen sie heute auf 18 Prozent. Dieses Verhältnis wird sich bei weiterer Kriegsdauer noch ungünstiger gestalten. Die Beitragseinnahmen werden noch geringer, nicht aber die Anforderungen an die Leistungen der Verbände.

Die Besserung auf dem Arbeitsmarkt hält erstenshelferweise an. Trotzdem laftet die Arbeitslosigkeit auf einigen Berufen noch überaus schwer, namentlich im allgemeinen eine erhebliche Besserung im Beschäftigungsgrad eingetreten ist.

Es werden Arbeitslose gezählt:

Anfang September	570 126	= 21,2 Prozent der Mitglieder
31. Oktober	175 500	= 10,7 Prozent der Mitglieder
30. Januar 1915	96 333	= 6,6 Prozent der Mitglieder
30. April 1915	56 081	= 2,8 Prozent der Mitglieder

Diese Arbeitslosenzahlen stimmen in ihrer Entwicklungstendenz wesentlich mit denen der reichsweiten Arbeitslosenzählungen in den deutschen Fachverbänden überein, die folgende Bewegung aufweisen:

Ende 1914	Proz.	Anfang 1915	Proz.
Januar	22,1	Januar	6,5
Februar	15,0	Februar	5,1
März	10,9	März	3,4
April	8,2	April	2,9
Dezember	7,2		

Zu den 36 081 Arbeitslosen kommen noch 82 572 Mitglieder, die bei vermindert Arbeitszeit und für geringeren Lohn arbeiten. Wenn diese auch nur zum Teil Verdandsumunterstützung erhalten, so werden sie doch nur vermindert Beiträge für die Verbände leisten. So muß sich ein steigendes Mißverhältnis zwischen Verdandsum und Ausgaben in den Gewerkschaften ergeben.

Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung ist von 17 788 000 Mk. vom 1. August 1914 bis 30. Januar 1915 auf 20 539 000 Mk. und die für die Familien der Kriegsteilnehmer von 6 180 000 Mk. auf 7 005 000 Mk. gestiegen. Unter all diesen Umständen ist es erklärlich, daß die Gewerkschaften den Anforderungen, Beiträge für die vielen und verminderten gemeinsamen Unternehmungen zu leisten, nicht Folge geben können. Sie haben im Auge zu behalten, daß, wenn nach Kriegsende die Rückkehr aus dem Felde hemmelt, von den Gewerkschaften etwa Hilfe verlangt werden wird, insbesondere bei Beginn des Krieges. Diese Hilfe wird von einem vollständigeren Rechenweg sein. Sie darf aber nicht die einzige bleiben. Einzelne Gemeinden haben sich durch den günstigen Stand auf dem Arbeits-

markt verhalten lassen, die Arbeitslosenunterstützung wieder aufzuheben. Das muß als ein schwerer Fehler bezeichnet werden. Nicht Befestigung bestehender Fürsorge für die Arbeitslosen darf erfolgen, sondern deren allgemeine Einführung ist notwendig. Es wäre unerlässlich, wenn man die Dinge wiederum an sich herankommen ließe, anstatt Vorworte zu treffen, ihnen gewachsen zu sein. Wie auf vielen andern Gebieten des Wirtschaftslebens müssen entsprechend den Erfahrungen während der Kriegszeit die erforderlichen Einrichtungen auch für die aus dem Felde Heimkehrenden getroffen werden, um ihnen über die erste Zeit der Arbeitslosigkeit, die zweifellos eintreten wird, hinwegzuhelfen. Es wäre ein schlechter Dank, der den Verteidigern des Vaterlandes zuteil würde, wenn sie infolge Arbeitslosigkeit in Not geraten sollten. Deswegen beginnt man mit den nötigen Einrichtungen so rechtzeitig, daß die Dantespflicht gegen die Kriegsteilnehmer in ausreichendem Maße erfüllt werden kann.

Militärische Verfügungen.

Der stellvertretende kommandierende General des 1. Armeekorps (Ostpreußen) und der Gouverneur von Königsberg haben folgende Verordnung erlassen:

Im Anschluß an das Gej. vom 24. April 1854, betr. Verlegung der Dienstpflicht des Gefindes und der ländlichen Arbeiter, wird im Interesse der öffentlichen Sicherheit für den Bezirk des 1. Armeekorps, den Beschäftigten des Gouvernementsbezirks Königsberg und der Festung Pillau folgendes verordnet:

Ländliche Diensthöfen und Arbeiter beiderlei Geschlechts dürfen während der Dauer des Kriegszustandes den Ortsbezirk, in dem sich ihre Arbeitsstelle befindet, unter Aufgabe ihres Dienstes nur mit Erlaubnis des zuständigen Amtsvorstehers verlassen, es sei denn, daß ihr bisheriger Dienstherr ihnen einen Entlassungsschein erteilt hat, oder daß sie eine gerichtliche Entscheidung erwirkt haben, wonach sie berechtigt sind, den Dienst zu verlassen. Sie dürfen ohne diese Erlaubnis oder ohne Vorlegung des Entlassungsscheines oder der vorerwähnten gerichtlichen Entscheidung keinen neuen Dienst annehmen.

Ländliche Diensthöfen und Arbeiter beiderlei Geschlechts dürfen während der Dauer des Kriegszustandes ohne Vorlegung eines Entlassungsscheines ihres bisherigen Dienstherrn oder ohne Vorlegung einer gerichtlichen Entscheidung, durch die das bisherige Dienstverhältnis für beendet erklärt ist, nicht in Dienst genommen werden.

Zwischenhandlungen sind gemäß § 9 des Gej. vom 4. Juni 1851 über den Belagerungszustand mit Gefängnis bis zu einem Jahre strafbar, sofern die bestehenden Gesetze nicht eine höhere Strafe bestimmen.

Der stellvertretende kommandierende General, Graf zu Eulenburg, General der Kavallerie.

Der Gouverneur, J. B. gen.: Brodrick, Generalleutnant.

Der stellvertretende kommandierende General des 2. Armeekorps (Sachsen), Freiherr v. Vietinghoff, hat folgende Bekanntmachung erlassen:

Da gewerbliche Arbeiter unter Vertragsbruch die Arbeit niedergelegt haben, um höhere Löhne zu erzielen, und durch die Niederlegung der Arbeit dringende Lieferungen für die Heeresverwaltung sowie die Ernährung und Bekleidung des Volkes in Frage gestellt werden, bestimmte ich auf Grund der §§ 4 und 9 des Gej. über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 im Interesse der öffentlichen Sicherheit für den Bezirk des 2. Armeekorps mit Ausnahme des Festungsbereichs Spinnmünde:

- Gewerbliche Arbeiter dürfen die Arbeit unter einseitiger Verletzung des Vertrags oder ohne ausdrückliche Einwilligung des Arbeitgebers vor Ablauf des Vertrags nicht niederlegen, sondern haben bis zum Ablauf des Vertrags ihre Arbeit zu verrichten.
- Andere Arbeitgeber dürfen gewerbliche Arbeiter, welche gegen Ziffer 1 verstoßen haben, nicht in Arbeit nehmen.

Zwischenhandlungen hiergegen werden gemäß § 9 des Gej. über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Das Generalkommando des 7. Armeekorps (Westfalen, Rheinland usw.) hat den Handelskammern in seinem Bezirk Lustig erteilt, folgende Grundätze denjenigen Unternehmern, welche für den Heeresbedarf arbeiten lassen, zu unterbreiten:

Unter der Voraussetzung, daß diese Vereinbarung unter allen Heeres- und Marineleistungen des 7. Armeekorpsbereichs zustande kommt, verpflichten wir uns, a) uns nicht gegenseitig Arbeitskräfte zu entziehen, insbesondere nicht unmittelbar an Angestellte eines Unternehmens gleicher Art mit einem Vertragsangebot heranzutreten; b) Arbeiter aus andern Betrieben der Heeresindustrie nicht aufzunehmen, wenn sie als Grundungsgrund lediglich ungenügenden Lohn angeben und der bisherige Arbeitgeber einen feineren ökonomischen Tarif entsprechenden Satz gezahlt hat.

Die erste dieser Bestimmungen hebt die Freizügigkeit für die ländlichen Diensthöfen und Arbeiter auf, die zweite stellt den Kontraktbruch gewerblicher Arbeiter, der bisher straflos war und nur zum Schadensersatz verpflichtete, unter hohe Gefängnisstrafe, und die dritte fordert eine Vereinbarung der Unternehmer zu dem Zwecke, den Arbeitern das Wechseln der Arbeitsstätte zu erschweren. Auf eine nähere Würdigung dieser Verfügungen können wir jetzt aus naheliegenden Gründen nicht eingehen.

Aus der Industrie

Aus dem Geschäftsbericht der Papiermacher-Berufsgenossenschaft für 1914.

Der Geschäftsbericht der Papiermacher-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1914 weist für die Angehörigen dieser Industrie recht wenig Gutes zu berichten. Der Weltkrieg hat auch auf die Papierindustrie ungünstig eingewirkt. Die Aushebung der Ausfuhr, die mangelnde Einfuhr wichtiger Rohstoffe und die Zurückhaltung von Aufträgen seitens der Kundschaft bei Ausbruch des Krieges führten zu Einschränkungen und Einstellungen der Betriebe. Für die im allgemeinen schlecht entlohnerten Papierarbeiter war das ein harter Schlag, zumal die ländlichen Gemeinden, in deren Bereich die Papierindustrie vorwiegend ihren Sitz hat, gar keine oder nur recht wenig Arbeitslosenunterstützung zahlten. Nur wenige Arbeitgeber mußten sich betrogen, die Opfer der Arbeitslosigkeit zu unterstützen. So waren denn die organisierten Papierarbeiter fast ausschließlich auf die Verbandsumunterstützung angewiesen, was die übrigen kümmerlich nur in den seltensten Fällen jemand. Seit Beginn des Jahres 1915 hat sich allerdings auch die Lage der Papierindustrie wieder gebessert. Die Betriebe sind wieder stoff beschäftigt, und die Unternehmer haben ganz ansehnliche Preissteigerungen bei ihrer Kundschaft durchgedrückt.

Obwohl der Geschäftsbericht nur erst einige Kriegsmonate mit erfaßt, ist der Rückgang der Arbeiterzahl doch ein empfindlicher. Während die Zahl der Betriebe gegenüber dem

Vorjahr um 17 — auf 1231 — gesunken ist, hat die Zahl der Vollarbeiter um 16 192 abgenommen, so daß dieselbe für 1914 nur noch 81 565 betrug. Gleichzeitig ist die Summe der umlagepflichtigen Löhne von 98 191 830 auf 81 690 930 Mk., also um 16 500 700 Mk. gesunken. Der durchschnittliche Jahreslohn eines Vollarbeiters sank von 1004 auf 1002 Mk. Die Zahl der durchschnittlich versicherten Personen ist um 12 433, nämlich von 96 030 im Jahre 1913 auf 83 597 im Jahre 1914, gefallen. Von den eingetragenen Betrieben geteilen 15 mit einer Arbeiterzahl von 536 in Konkurs, gegen 14 Betriebe mit 338 Arbeitern im Jahre 1913.

Die Zahl der gemeldeten Unfälle ist von 5462 im Vorjahr auf 4556 zurückgegangen. Auf je 1000 Versicherte entfielen 54,50 Unfälle gegen 56,88 im Jahre 1913. Der Rückgang der Unfälle steht wohl mit dem Rückgang der Arbeiterzahl im allgemeinen in Verbindung. Von den Beamten der Genossenschaft wurden im Berichtsjahr 421 Betriebe, das sind 34,2 Prozent der Versicherten, mit 37 559 Arbeitern beschäftigt, gegen 832 Betriebe mit 61 196 Arbeitern im Vorjahr. In 180 von 421 beschäftigten Betrieben wurden keine Mängel festgestellt. Mangelhaftes Verbandsmaterial wurde in drei Betrieben vorgefunden. Geringfügige Unfallverhütungs-Anordnungen waren in 192 Betrieben nötig. Erhebliche Beanstandungen wurden in 46 Betrieben erhoben.

Zum erstenmal fehlt im Bericht für 1914 die Tabelle über den Durchschnittslohn erwachsener männlicher Vollarbeiter. Aus welchem Grunde diese nützliche und leicht überprüfliche Tabelle in der Tabelle für Interessenten sehr wertvoll, konnte doch jederzeit ohne langwierige Umrechnungen der durchschnittliche Jahreslohn eines erwachsenen Vollarbeiters für sämtliche der Berufsgenossenschaft angeschlossenen Betriebszweige sowie für die einzelnen Sektionen ermittelt werden. Es ist deshalb nur wünschenswert, daß diese Tabelle ihren wohlverdienten Platz in den Berichten der Berufsgenossenschaft wieder angewiesen erhält. In nachfolgender Tabelle bringen wir die Jahresdurchschnittslöhne eines Vollarbeiters der einzelnen Gewerkszweige und Sektionen. Die Summen sind dadurch ermittelt worden, daß wir auf die Zahl der Vollarbeiter die Summe der umlagepflichtigen Löhne umgerechnet haben.

Sektionen	Gebietsstelle der Sektionen	Polygraphische Fabriken	Strich-Geldstoff-Fabriken	Papier-Fabriken	Pappen-Fabriken	Holzstoff-Fabriken	Webbetriebe	Durchschnittslohn für alle Betriebe
I.	Bayern (ohne Rheinpfalz)	1115	—	981	740	963	918	987
II.	Württemberg und Hohenzollern	885	—	938	807	750	924	921
III.	Baden u. Elsaß-Lothringen	1386	1108	1023	802	1053	889	1121
IV.	Hessen, Hessen-Nassau, Rheinpfalz	1129	1214	947	883	890	739	966
V.	Rheinprovinz, Fürstentum Wirtensfeld	1587	1334	1049	1153	1125	914	1084
VI.	Westfalen, die beiden Lippe und Waldeck	1208	—	1048	1023	1046	874	1056
VII.	Hannover, Oldenburg, Schleswig-Holstein, Braunschweig, Hamburg, Albed, Bremen	1291	1398	1114	906	1022	993	1086
VIII.	Provinz Sachsen, Anhalt, S.-Weimar, S.-Meining, S.-Altenb., S.-Koburg-Gotha, die beiden Schwarzburg, die beiden Neuß	1206	1274	1015	863	996	919	1015
IX.	Sachsen	1319	1054	1004	781	910	885	974
X.	Pommern, Brandenburg, Ostpreußen, Westpreußen, die beiden Mecklenburg	1225	—	1027	943	775	721	1079
XI.	Schlesien, Polen	868	874	834	776	812	664	826
Ganze Genossenschaft		1188	1173	996	860	922	862	1002

Die in der Tabelle verzeichneten Jahreslöhne beweisen, wie ungerechtfertigt die Klage der Unternehmer über die angeblich erheblich gesteigerten Arbeiterlöhne ist. Kein vernünftiger Mensch wird behaupten können, daß Jahresverdienste von 664 bis 1300 Mark genügen, um bei den heute herrschenden enorm hohen Lebensmittelpreisen noch anständig leben zu können. Selbst der Jahresverdienst eines Holzschleifensarbeiters in der Rheinprovinz mit 1587 Mk. kann in Anbetracht der außerordentlich hohen Preise für alle Bedarfsartikel im Rheinlande noch nicht als auskömmlich bezeichnet werden. Gegenüber andern Industriezweigen werden die Papierarbeiter immer noch elend entlohnt. Es ist deshalb dringend nötig, daß die Papierarbeiter auch während der Kriegszeit am Ausbau ihrer Organisation toader mitarbeiten. Schon wenn im Lager der Unternehmer Stimmen laut, daß sie nach Beendigung des Krieges an die Kürzung der jetzt teilweise etwas erhöhten Löhne herangehen wollen, obwohl heute schon gesagt werden kann, daß die gesteigerten und täglich noch steigenden Preise aller Bedarfsartikel auch nach Beendigung des Krieges kaum jemals wieder auf ihre alte Preishöhe zurückgehen werden. Deshalb müssen unsere in der Heimat zurückgebliebenen Freunde neue Mitglieder werben, damit wir nach dem Kriege gerüstet dastehen. Unsere im Felde stehenden Kollegen können verlangen, daß wir in der Heimat Gehilfen unsere Waffe im wirtschaftlichen Kampfe — unsere Gewerkschaftsorganisation — erhalten und ausbauen; sie, die auch für uns mitkämpfen, bis uns durch ihren Heldennut bis heute die Kriegsgroßart erspart haben, können fordern, daß wir der Organisation die Treue bewahren, damit sie ihre alte Waffe ungechwächt wiederfinden; damit wir aber auch in der Lage sind, unsere heimkehrenden Kollegen in der größten Not unterstützen zu können. Nur durch seine geschulten Truppen konnte Deutschland seine Erfolge auf dem Schlachtfelde erzielen. Aber auch im wirtschaftlichen Kampf sind gewerkschaftlich geschulte Truppen nötig, um Erfolge zu erzielen. Diese Truppen anzuzubilden muß die Aufgabe unser vom Kriegsdienst zurückgekehrten Kollegen sein. Nur dann, wenn unsere wirtschaftlichen Organisationen ungeschwächt die Kriegszeit überstehen, können wir zuversichtlich in die Zukunft blicken.

Unfälle in Papierfabriken.

Tödlich verunglückt ist in der Zellulosefabrik von Gebr. Köster in Porchdorf bei Schwanau der 54jährige Arbeiter Hermann Hellig aus Proffen. Beim Zerlegen von Hölzen auf der Kreisstraße sprang ihm ein schweres Stück Holz an den Kopf und zertrümmerte ihm die Schädeldecke. Nach wenigen Minuten wurde er von seinen Leuten durch den Tod ertötet.

In der Papierfabrik von W. B. in Wuppertal wurde ein 18-jähriger Arbeiter aus Barmen, als er ein gangbares Requirat der Fabrik übergeben wollte...

Der Lokomotivführer der Wuppertal-Bahn bei der Station Dillwiese in Greiz wollte in dem Fahrzeug die Feuerlöcher des Lokomotivführers mit Dampf speisen...

Bei dem Meinen einer Stoffmühle (Stoff-Mühlapparat) erlitt in der Papierfabrik in Wuppertal der 53-jährige Holländertrüger Gustav Meyer aus Seibau einen Genickbruch...

In der Papierfabrik Wuppertal bei Gartenstein geriet der Arbeiter Heß in den Kollengang, wobei ihm der Brustkorb eingedrückt wurde...

Der ledige Fabrikarbeiter Ludwig Negele in der Holzstoff-Fabrik Schönbach wurde beim Auslegen eines Riemens von demselben erfasst und so heftig zu Boden geschleudert...

In der Wuppertaler Holzstoff-Fabrik in Dangelshaus kam der Arbeiter H. Cronenain einer Welle zu nahe, die er erfähte und ihn mehrere Male herumführte...

Athleten gesucht.

Im Kreise Frankenslein, unmittelbar bei Olaz, liegt in den Schloffen wohlbesetzte Wallfahrtsort Wartha. Von dort und fern herinnen fröhliche Pilger nach diesem Ort, um Gott und der Jungfrau Maria ihre Wünsche vorzutragen...

Kräfteige Männer.

Die Höhe des in Aussicht gestellten Lohnes steht in keinem Verhältnis zur Höhe der geforderten Arbeitsleistung. Dabei sind die Lebensmittelpreise in der dortigen Gegend verhältnismäßig höher als in der Großstadt...

Geschäftsergebnisse chemischer Fabriken.

Das Kriegsjahr 1914 brachte für die Mehrzahl der chemischen Fabriken einen Rückgang der Erträge. Nach dem Geschäftsbericht der chemischen Fabrik 'Hannania' in Wachen ging der Rohgewinn von 2,1 auf 1,43 Millionen Mark zurück...

Die dem Unternehmern angefallene Düngefabrik Mittel a. R. in Lüdenscheid wurde durch die ungünstige Lage des Erzeugnisses im Jahre 1913 erzwungen, vermindertes Meißelat...

Zu teure Kriegsgefangene.

In der 'Arbeitsbegehrzeit' (Nr. 24 vom 13. Juni 1915) beschwert sich eine sachliche Firma der Hartsteinbranche über die allzu hohe Entlohnung der Kriegsgefangenen...

Es sind uns seinerzeit nach vielfachen Bemühungen von dem zuständigen Aemtelektor eine Anzahl Gefangene (Russen und Franzosen) überlassen worden, weil unser Arbeiterbestand die Erledigung der Aufträge für die Eisenbahn und andere Behörden nicht mehr gestattete...

Wir haben von vornherein angestrebt, die Leistung der Gefangenen bezahlen zu dürfen nach dem wirklich verdienten Lohn, wie wir ihn an unsere freien Arbeiter für die gleiche Leistung zu zahlen hätten...

An diesem Schreiben ist zunächst bemerkenswert das Eingeständnis, daß die Kriegsgefangenen nur ungefähr ein Drittel der Arbeit leisten, daß ein deutscher Arbeiter der Firma leisten würde...

Der Zentralverband der Schuhmacher während des Krieges. Wie alle Organisationen hat auch der Schuhmacherverband unter den Kriegswirklungen schwer zu leiden. Bei Ausbruch des Krieges stieg die Arbeitslosigkeit enorm an...

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die Zahl der Mitglieder ist seit Kriegsausbruch, wenn man die Abrechnungen des Verbandes vom 2. Quartal 1914 und 1. Quartal 1915 miteinander vergleicht, von 43 223 auf 25 191 zurückgegangen...

25 Jahre Schiffszimmerer-Organisation. Wenn nicht der Kampf um die Organisationsform und später das Ausnahmegericht die gewerkschaftlichen Ansprüche der Schiffszimmererorganisation gestoppt hätten, so hätten die Schiffszimmerer auf eine der wichtigsten gewerkschaftlichen Organisationen zurückblicken können...

Polatororganisationen von Hirschburg, Kiel, Hamburg und Wobbel. Mit der Leitung des Verbandes wurde W. Müller betraut, der bis zu seinem im Januar d. J. erfolgten Tode der Organisation vorstand...

Der Ausbruch des Krieges hat auch die Weiterentwicklung und Aktion dieser Organisation schwer geübt. Die Stilllegung einer Anzahl Schiffszimmern im Binnenlande und die erste Bestätigung bei den Arbeitgebern beim Kriegsausbruch...

Unser Verband in der 45. und 46. Kriegswoche.

Für die Woche vom 7. bis 13. Juni haben 307 Zahlstellen rechtzeitig ihre Berichtskarten eingesandt. Diese Zahlstellen hatten am 1. August 1914 zusammen 154 C männliche und 22 252 weibliche, insgesamt also 176 306 Mitglieder...

Die Arbeitslosigkeit war in der Berichtswoche sehr gering. In den berichtenden Zahlstellen waren nur 303 männliche und 530 weibliche Arbeitslose gemeldet. Vom Hundert der Mitglieder sind das 0,4 bei den männlichen und 3,0 bei den weiblichen, 0,9 bei allen Mitgliedern...

Erwerbsunfähig krank waren 1024 männliche und 272 weibliche, zusammen 1296 Mitglieder gemeldet. Vom Hundert sind das 1,4 bei den männlichen und 1,6 bei den weiblichen Mitgliedern...

Table with 4 columns: Mitgliedszahl, männl., weibl., zusammen. Rows for August 1914, June 1915, and weekly changes.

Der Verlust von rund 18 000 Mitgliedern war, wie ausdrücklich noch einmal hervorgehoben sei, in den berichtenden Zahlstellen zu verzeichnen. Da in der Berichterstattung etwa 20 Prozent aller Mitglieder fehlen, dürfte der Verlust im ganzen Verband um soviel höher sein...

Die Arbeitslosigkeit war auch in der 46. Kriegswoche gering. In den berichtenden Zahlstellen waren nur 288 männliche und 512 weibliche, zusammen 800 Mitglieder arbeitslos gemeldet. Vom Hundert sind das 0,9, also soviel wie in der Vorwoche...

Erwerbsunfähig krank waren 966 männliche und 266 weibliche, zusammen 1232 Mitglieder. Vom Hundert sind das 1,4 bei den männlichen und 1,5 bei den weiblichen Mitgliedern...

In der folgenden Tabelle sind nicht die Ergebnisse der Erhebung aus den berichtenden Zahlstellen, sondern diejenigen, die wir voraussichtlich erhalten würden, wenn alle Zahlstellen Bericht erbracht hätten...

Table with 5 columns: Berichtstag, insgesamt, von je 100 Mitgliedern, zum Kriegsdienst eingezogen, von je 100 männlichen Mitgliedern. Rows for months from August to June.

Berichte aus den Zahlstellen.

Ebersdorf. Unsere Zahlstelle war am 1. Juli 1914 sehr gut im Beside. Für uns hier oben kommen als Verfruchtungsgebiet das Ver-

Dann brach der Krieg aus, und das Bild hat sich auch bei uns hier, wie wohl überall, etwas verändert. Die Betriebe wurden zum Teil

Die Arbeitslosigkeit ist gegenwärtig wieder behoben. Von den vom Vorstand

Verstärken. Trotz der bittersten Zeit, in welcher alles verniedert werden sollte,

Die Franzosen bei den Arbeiter in den Bombenbetrieben nehmen bei der Hitze

Die Zahlstellen. Dernebstlage in der Gemischen Fabrik Dr. Reichig

Wach. Als nach Ausbruch des Weltkrieges 1914 viele Fabrikanten

die Firma die im Jahre 1914 nicht geschlossenen Firmen 1915 noch nachzu

Bis zum 30. Mai 1915 sind 87 Mitglieder zum Militär eingezogen.

Table with 3 columns: Category, Male, Female, Total. Rows include: Gesamtstand am 2. August 1914, Eingetretene, Jugereift, Ausgetreten, Jugereift, Zum Militär eingezogen.

Am 30. Mai 1915 Befand 106 männliche, 194 weibliche, zusammen 300 Mitglieder.

Rundschau.

Verbandspolitik und Geschäftsführerpolitik? Wir haben kürzlich unsern Mitgliedern ein Rundschreiben der Vereinigung

Unser Grundsatz ist es, daß wir in solchen Fällen der Unternehmervereinigung

Wir werden uns doch bessere Menschen! In einer am Freitagmorgen abgehaltenen Krieges-Missions-

Wir sind nicht in der Lage, die in den Plänen zum Ausbruch kommenden

Die Deutsche Arbeiter-Zeitung macht kürzlich den Vorschlag,

Krieges aus. Die gelben Gewerkschaften heranzuziehen. Dann erst könne man,

Wir glauben nicht an die Möglichkeit einer Einbeziehung der sogenannten

Die Hirsch-Dunderföhen Gewerkschaften dürften kaum eine andre Stellung

Lob der Arbeit. Bei der Eröffnungsfestlichkeit der Panamaausstellung am

Diese Volkspaläste stellen die Arbeit von Männern dar, und wenn ich

Verbandsnachrichten.

Mitteilung, Unterstützungszahlener! Die Unterstützungszelle für die Erwerbslosenunterstützung

- List of names and amounts: Salberg 200.—, Erfurt 7.—, Wittenberg 7.—, Dresden 1500.—, Barth 300.—, Frey i. S. —45, Greifhacht 500.—, Adelt 300.—, Woldenberg 30,05, Breslau 2100.—, Darmstadt 200.—, Wägen 8,99, Uelzen —50, Tzebor 932,15, Plauenischer Grund 800.—, Friedrichshand 126,78, Wies 48,05, Memel 400.—, Baug 312.—, Tangermünde 400.—, Elbing 354,19, Centur —75, Dresden 2809,70, Heidingsfeld 180.—, Uelzen 150.—.

- List of names and amounts: Au Berufungsbeiträgen gingen ein: Altwasser in Schl. 5,40, Vredstedt —45, Eckardshausen 7,30, Brunsbüttelkoog 6,50, Erfurt 1,90, Bernburg —40, Greifhacht 24,20, Frankenthal 15,70, Bromberg 14,10, Elbing 5,40, Bodenwerder 2,65, Goldberg i. Schl. 3,45, Greßmühl 1,75, Wendau 1.—, Ernsleben 4,65, Herzberg a. S. 3,90, Gerabronn 2,70, Doberan 1,65, Görtz 2,95, Greifenhagen 2,85, Güttenrode 5,20, Heidingsfeld 2,85, Gr.-Möden —50, Kältrin —70, Vrieg 20,65, Langelsheim 13,05, Guben 1,—, Jastram —45.

Schlus: Montag, den 28. Juni, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 2. Quartal 1915 haben eingekandt: Frankfurt a. d. Ober, Driefen, Neustadt i. D.-Schl., Flensburg, Woldenberg, Wägen, Tzebor, Gelmsfeld, Elbing, Fürth.

Eingegangene Zahlstelle. Neustadt i. D.-Schl.

Ausschluß. Zeit. Hermann Feige, Nr. 299 655.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitglieds-Bücher und -Karten.

Table with 4 columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsdatum, Eintrittsdatum, Eingetretene in. Rows include: 428 366 Otto Grunt, 586 253 Gustav Wolf, 369 775 Carl Nigte, 388 720 Johann Majer, 597 705 Friedrich Weine, 591 158 Rosa Willens, 388 878 Georg Joje.

Neue Adressen und Adressenänderungen. Alschaffenburg. 2. Bevollmächtigter Wilhelm Bauer,

Darg a. Fehmarn. Max Müller, Süderstraße. Bögow. Joachim Tolzin, 4. Wallstraße 3. Glogau. 2. Bevollmächtigter Paul Rochau,

Havelberg. E. Humin streichen. 2. Bevollmächtigter Herm Schürmann, Havelstraße 72. Roldersmoor. Fischer streichen. Nießbach. Wagner streichen. Straßburg. Wilhelm Sandhoy, Büttcherstraße 20. Pantermüller, Marienstraße 17, Hof.